

**Erläuterungen und Ergänzungen zur
Erklärung von ATTAC Schwäbisch Hall 21. April 2020
Wir bleiben Zuhause - repariert Ihr das Gesundheitssystem**

Es fehlt an Intensivbetten und Beatmungsgeräten, an Personal und Testkapazitäten.
Wir nehmen dies zum Anlass, die Bundesregierung daran zu erinnern, dass Gesundheit keine Ware, sondern ein Bereich der Daseinsvorsorge ist.

Unsere Krankenhausversorgung wurde an vielen Stellen kaputt gespart und privatisiert. Damit muss Schluss sein!

Wir brauchen ein Ende der Schließungen, mehr Kapazitäten bei den Intensivbetten, sowie **höhere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen für das Personal!**

(Sinngemäßes Zitat aus: Gemeingut-in-Bürger*innenhand)

Siehe auch:

<https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-04/angus-deaton-usa-oekonomie-deaths-of-despair>

<https://www.krankenhaus-statt-fabrik.de/>

<https://www.attac.de/kampagnen/corona-was-wirklich-wichtig-ist/>

Was für Krankenhäuser gilt, gilt in besonderem Maße auch für Altenpflege und Altenheime.

Dazu: **Unterschriftenkampagne** von der Partei DIE LINKE:

<https://www.pflegenotstand-stoppen.de/auf-ruf-unterzeichnen/>

Die Krise zeigt uns, wie unter dem Brennglas, wie wichtig die Menschen im Gesundheitsbereich für uns sind. Sie brauchen gerechte Löhne, gute Arbeitsbedingungen und auch Mitspracherechte. Die ganze öffentlichen Daseinsvorsorge gehört aufgewertet:

Wie wäre das Auskommen ohne die Angestellten der Supermärkte?

Was wäre ohne Müllabfuhr?

Ohne Stromversorgung und Abwasser?

Die Busse, Straßenbahnen und Züge fahren nach Fahrplan.

Das Telefon und Internet funktioniert.

Kostenloser Applaus reicht nicht!

Flächendeckende Tarifverträge mit einer höheren Bezahlung müssen her. Und das nicht erst seit Corona, meint auch der DGB

<https://niedersachsen.dgb.de/themen/+co++76b18518-74b6-11ea-8b82-52540088cada>

Außerdem:

Gerade bei den Maßnahmen zum Kurzarbeitergeld zeigt sich, dass in Betrieben mit gewerkschaftlicher Mitbestimmung, es positive Maßnahmen weit über das reguläre Kurzarbeitergeld hinaus gibt. Gewerkschaften und betriebliche Mitbestimmung müssen gestärkt und ausgebaut werden.

Leider gibt es auch völlig **gegenteilige Tendenzen:**

<https://www.bento.de/politik/corona-krise-wie-die-politik-pflegekraefte-unter-druck-setzt-a-0e7e6880-22bf-4d11-af7d-0dec1cd15fd7#refspoi>

Ein weiteres Negativbeispiel aus Frankreich:

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=59797>

Förderungen und Hilfen gezielt verwenden – Missbrauch ahnden

Die Fehler der Finanzkrise dürfen nicht wiederholt werden. Staatliche Hilfen nur für diejenigen, die sie auch brauchen.

Mitnahme Effekte werden berichtet:

Adidas ist schon zurück gerudert; sicherlich auch auf den gesellschaftlichen Druck hin. Die Firma hat bislang schwarze Zahlen geschrieben und hohe Gewinne eingefahren. Als die Bundesregierung die Mietzahlungen für vom Lockdown Betroffene aussetzen ließ, ergriff das Management die Chance. Nach öffentlicher Empörung machte man dann einen Rückzieher.

Man versucht auf unverschämte Weise, wie weit man gehen kann. Besonders in der Automobilindustrie gibt es eine Menge hausgemachter Probleme. Hierfür darf nicht der Staat, nicht die Allgemeinheit bluten. Dass BMW und Porsche unter Kurzarbeit weiterhin die Aktionäre und Boni auszahlen möchten zeigt, wie wenig Fingerspitzengefühl man hat.

(Zugegeben: Die Auszahlungen beziehen sich auf das vergangene Geschäftsjahr. Gleichwohl sind sie ein falsches Signal, Solidarität sieht anders aus.)

„Ich habe in übler Erinnerung, wie der Steuerzahler in der letzten Krise Banken gerettet hat und einige gerettete Banken den Steuerzahler genau in der Zeit, in der sie Hilfe bekommen haben, mit Cum-Ex-Geschäften ausgeplündert haben. Und wie wir in Griechenland, Italien, Portugal, Spanien und Großbritannien sehr deutlich beobachten können, hat die Austeritätspolitik in Folge der Eurokrise mit ihren Kürzungen in der Sozialfürsorge, der Bildung und dem Gesundheitsbereich vor allem die ärmeren Bevölkerungsschichten hart getroffen – aber weniger diejenigen, für die auf den Finanzmärkten viel auf dem Spiel stand. Deswegen muss schon jetzt die Frage auf die politische Agenda: Wie wird das eigentlich nachher zurückgezahlt?“

<https://www.kontextwochenzeitung.de/wirtschaft/470/das-ist-schon-krass-6620.html>

Hier der Link zu Adidas:

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/adidas-entschuldigung-101.html>

Zu BMW hier:

<https://www.facebook.com/sahra.wagenknecht/photos/a.1826036450747077/3489648224385883/?type=3&theater>

und hier Porsche, ebenfalls Kurzarbeit und Boni:

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/kritik-an-porsche-praemie-100.html>

Zu den Fehlern aus der Finanzkrise von Gerhard Schick:

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/gerhard-schick-wir-sollten-verhindern-dass-hedgefonds-profiteure-dieser-krise-sind-a-b61c8540-2cd1-4b01-a446-f182c3437213>

Wer weniger lesen mag, hier als Video:

<https://www.msn.com/de-de/video/topvideos/%E2%80%9Eandere-vorgehen-als-2008%E2%80%9C-finanzexperte-gerhard-schick-%C3%BCber-die-bew%C3%A4ltigung-der-corona-krise/vp-BB121yNo>

Europäische Solidarität und gemeinsame Wirtschaftsförderung

Nichts liegt im Moment näher als Europa mit in den Blick zu nehmen - integrierend und solidarisch. Auch gegenüber Anrainerländern und armen Ländern des Südens. Die Jahre des Neoliberalismus mit seinen Privatisierung, der Deregulierung und des Sozialabbaus haben nicht nur Reiche noch reicher gemacht, sondern auch unser Daseinsvorsorge auf ein kritisches Maß gekürzt.

Die Folgen sehen wir in den USA und in Großbritannien am deutlichsten. Aber auch das in der Staatsschuldenkrise gebeutelte Italien und auch Spanien kürzten notgedrungen und mit viel Applaus ihr Gesundheitssystem.

Die Kunst wird sein, Globalisierung neu zu denken, Handel zu treiben auf Augenhöhe. Globaler Handel ja, aber mit Augenmaß und Solidarität, z. B. bei Medizinprodukten.

Dazu brauchen wir ein Lieferkettengesetz, das die Menschenrechte entlang der Lieferkette schützt. Monopole wie Amazon, Ebay, Google und Facebook sind einer kritischen Überprüfung zu unterziehen.

Was ist mit Verbraucherschutz, Datenschutz und Eigentumsrechten?

Bereits heute offenbare diese Pandemie, dass ein kostenloses Gesundheitswesen ohne Unterscheidung nach Einkommen, Karriere oder Beruf sowie unser Wohlfahrtsstaat kein bloßer Kostenfaktor sei, sondern „ein unverzichtbarer Trumpf, wenn das Schicksal zuschlägt“. Die Pandemie zeige, dass es Güter und Dienstleistungen gebe, die außerhalb der Marktgesetze stehen müssten. „Es ist Wahnsinn, wenn wir unsere Ernährung, unseren Schutz, die Fähigkeit, unser Leben zu gestalten, in fremde Hände geben. Wir müssen wieder die Kontrolle übernehmen.“

Deutlich wird dies am Beispiel von Frankreich:

<https://taz.de/Aus-Le-Monde-diplomatique/!5498080/>

„ Die öffentlichen Krankenhäuser müssen gleichzeitig sparen und sich gegen die private Konkurrenz zur Wehr setzen. Weil sie ihr Geld je nach Kassenlage der Sozialversicherung erhalten, müssen sie manchmal Patienten nach Hause schicken, die eigentlich nicht allein zurechtkommen – statt eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung anzubieten. Die Universitäten, die kritische Geister ausbilden sollen, sorgen sich nur noch um ausgeglichene Bilanzen und richten sich am Arbeitsmarkt aus. Die Post, die einmal umfassende Kommunikationsmöglichkeiten anbieten sollte, ist zum Dienstleister für Amazon verkommen. France Télécom wurde abgespalten und privatisiert und kümmert sich seitdem nicht mehr um den Ausbau der Infrastruktur. Das Unternehmen soll nur noch Produkte verkaufen, Teilmärkte erobern und Aktionäre zufrieden stellen....Die Staatsbetriebe sollen heute nicht der Gesellschaft dienen, sondern rentable Unternehmen sein. Diese neue Zielsetzung wurde gegen den Willen der Nutzer und gegen den Widerstand vieler Beamter und Angestellter durchgesetzt. In den Postämtern, Schulen, Krankenhäusern und Seniorenheimen blieben die verheerenden Folgen der Reformen lange unsichtbar, weil die – meist weiblichen – Beschäftigten bereit waren, sich völlig zu verausgaben.“

Siehe auch dazu **Katastrophenmedizin:**

<https://taz.de/Aus-Le-Monde-diplomatique/!5677553/>

Links zur

Europäische Solidarität und gemeinsame Wirtschaftsförderung
Drohende Auferstehung der Troika

„Die EU-Finanzminister haben sich im Streit über Hilfen für Corona-Krisenländer verhakht. Niederlande, Finnland und Österreich fordern harte Konditionen.“

Merkel und Scholz mauern, die Rolle von Schäuble ist ja hinlänglich bekannt und hat direkt zur schlechten Krankenhausversorgung insbesondere in Italien und Spanien geführt.

<https://taz.de/EU-Streit-ueber-Krisenhilfe/!5674800/>

Zur Krisenbewältigung:

“...wir nehmen all diese Schulden bei einem "Europäischen Transformationsfonds" auf, der sich bei der EZB refinanziert. Damit schaffen wir vernünftige Dinge: Hochgeschwindigkeitszüge statt Flugverkehr, der gesamte Wohnbaubestand in der EU wird energetisch saniert und so weiter. Nach ... Jahren haben wir eine wirklich ökologisch sanierte Ökonomie, aber riesige Schulden. Dann erlässt der Fonds den Staaten die Schulden und wird aufgelöst,... das wird durch eine "Neustartbilanz" entsorgt.

<https://www.freitag.de/autoren/pep/die-finanzmaerkte-entmachten>

Wie kann diese Herkulesaufgabe bewältigt werden? Europäische Solidarität und Risikoteilung können und müssen jetzt einen entscheidenden Beitrag leisten. Die Geschichte zeigt, dass sich Länder in schweren wirtschaftlichen Krisen immer wieder gegenseitig unterstützt haben. So hat beispielsweise die Europäische Gemeinschaft zur Bekämpfung der Konsequenzen der Ölkrise von 1974 eine Gemeinschaftsanleihe emittiert.

<https://zeitung.faz.net/faz/wirtschaft/2020-03-21/139231512034f9e1cd1211ce1871a646/?GEPC=s3>

In Deutschland herrscht immer noch der Irrglaube vor, wir würden den anderen Euroländern etwas schenken, falls wir der Ausgabe von Coronabonds zustimmen. Dies ist gleich dreifach falsch.

Erstens: Es wird nichts verschenkt, schon gar nicht deutsches Steuergeld. Es geht um Kredite. Neu wäre nur, dass die EU oder die Eurozone diese Anleihen ausgeben. Zweitens: Die deutsche Wirtschaft kann nur florieren, wenn Europa prosperiert. 59 Prozent unserer Exporte gehen in die EU, davon 35 Prozent in die Eurozone.

Drittens: Auch die deutschen Sparer würden profitieren, die jetzt unter den Niedrigzinsen stöhnen.

<https://taz.de/Die-Finanzminister-der-Eurozone/!5674824/>

Der Fall Portugal:

Die Maßnahmen der Regierung lesen sich wie ein Gegenentwurf zu fast allen Sparforderungen der EU. Die Sozialisten hoben den Mindestlohn an und machten die Kürzungen von Löhnen und Pensionen der Vorgängerregierung größtenteils rückgängig. Sie reduzierten die Arbeitszeit für Staatsangestellte und verabschiedeten eine niedrigere Mehrwertsteuer für Restaurants.

Das Ziel hinter den Maßnahmen: Die Portugiesen sollten mehr konsumieren können und damit die heimische Wirtschaft wiederbeleben – mit Erfolg. Portugal verzeichnete zuletzt Wachstumsraten von 2,6 (2017) und 2,4 Prozent (2018).

<https://mobile.katapult-magazin.de/index.php?mpage=a&l=0&artID=822>

Eine Grafik für einen ökologischen Umbau der EU (leider ohne sozialstaatlichen Fokus)

<http://www.movum.info/images/ausgaben/heft23/heft23-infografik.pdf>

Wir brauchen eine "soziale Gesellschaft", die „marktkonforme Demokratie“ bringt es nicht!

Viele der genannten Hinweise führen schon in diese Richtung. Welche Fehler müssen behoben werden damit unsere Gesellschaft widerstandsfähig gegenüber Krisen ist? Das die Menschen sich solidarisch verhalten können haben sie ja bewiesen, durch Nachbarschaftshilfen, durch „zu Hause bleiben“, durch Solidaritätsbekundungen gegenüber den Pfleger*innen und Ärzten*innen, durch Gabenzäune usw..

Diese Solidarität muss auch in unserem wirtschaftlichen System verankert werden.

Corona-Dämmerung für Neoliberalismus: Ende einer Theorie

Privatisierung (=Verkauf von öffentlichem Eigentum), **Liberalisierung** (= keine oder nur wenig Regeln, keine oder kaum Steuern, für Marktteilnehmer) und **Sozialabbau** (weniger Leistungen für Bedürftige) hat ausgedient.

Nur Reiche können sich einen solchen Staat leisten. Wir brauchen wieder gerechtere Steuerverteilung, die Steuererlasse der Wohlhabenden haben keine nachhaltigen wirtschaftlichen Impulse gehabt, eher das Gegenteil war der Fall.

Klare Regeln müssen die Monopolbildung verhindern und Freiheiten schützen. Denn wenn man schutzlos ist, dann ist von Freiheit keine Spur.

Die Pandemie zeigt: Den Neoliberalismus können wir getrost beerdigen. Nur der Staat kann den Kapitalismus retten.

<https://taz.de/Corona-Daemmerung-fuer-Neoliberalismus/!5669238/>

Christoph Butterwege warnt:

„Der in wenigen Händen konzentrierte Reichtum schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gefährdet auch die Demokratie, weil man politisch umso einflussreicher ist, je vermögender man ist. Weil der Sozialstaat demontiert, der Arbeitsmarkt dereguliert und eine Steuerpolitik nach dem Matthäus-Prinzip »Wer hat, dem wird gegeben, und wer nicht viel hat, dem wird auch das noch genommen« gemacht worden ist, schwindet bei den Verlierer(inne)n das Vertrauen in die Institutionen des parlamentarisch-demokratischen Repräsentativsystems.

Falls sich die Erkenntnis durchsetzt, dass die Sozial- und Gesundheitspolitik der vergangenen Jahrzehnte unserem Gemeinwesen geschadet hat und Solidarität statt Wettbewerbswahn und Ellenbogenmentalität herrschen muss, hätte das Virus für die Gesellschaft am Ende auch etwas Gutes bewirkt.“

der ganze Artikel hier:

<https://www.blickpunkt-wiso.de/post/weniger-ungleichheit-durch-die-corona-krise-wirtschaftliche-und-soziale-folgen-der-pandemie--2362.html>

Die Frage, wer am Ende die Rechnung bezahlt, birgt neue Sprengkraft. Die Sorge, dass die Superreichen an der Spitze der Vermögenspyramide mal wieder geschont werden, ist groß. Dem muss ein Corona-Sozialvertrag entgegengesetzt werden. Im Mittelpunkt stehen Maßnahmen zur Absicherung der sozial und ökonomisch besonders Betroffenen. Allerdings sind Mitnahmeeffekte etwa großer, kapitalstarker Unternehmen auszuschließen. Einzelhandelsketten wie Adidas, H&M sowie Media/Saturn stehen ausgesetzte Mietzahlungen wegen ihrer Kapitalstärke nicht zu.

Wer aber bezahlt nach der Rückkehr zur Normalität die Rechnung für die massiv angestiegenen Staatsschulden? Zur Abschätzung des Gesamtvolumens sowie zur Verteilung der Finanzlasten wird eine schrittweise Vorgehensweise vorgeschlagen:

<https://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/de/article/10656343.wer-tr%C3%A4gt-die-langfristigen-kosten-der-covid-19-wirtschaftskrise.html>